

582/J XXI.GP

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Dr. Partik - Pablé  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Flüchtlingsberatungsstellen der Grünen und der Caritas

Erst kürzlich fand in einer Flüchtlingsberatungsstelle der Grünen im 6. Wiener Gemeindebezirk eine Amtshandlung der Exekutive statt, bei welcher auch einige Personen ohne Aufenthaltsrecht festgenommen worden sind.

Die Nationalratsabgeordnete Dr. Madeleine Petrovic meinte in der ZIB 3 - Sendung vom 10. März 2000, daß solche Lokale, die unter dem Namen der Grünen bzw. der Caritas geführt werden, einem besonders hohen Schutz der Verfassung unterliegen sollten und nicht Gegenstand einer polizeilichen Amtshandlung sein dürften. Angeblich sei von der Wiener Integrationsstadträtin Renate Brauner sogar ein diesbezügliches Interventionsschreiben an den Chefinspektor Franz Schnabl ergangen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten in diesem Zusammenhang an den Herrn Bundesminister für Inneres nachstehende

**ANFRAGE:**

- 1) Aus welchem Grund wurde in der Flüchtlingsberatungsstelle der Grünen eine polizeiliche Amtshandlung durchgeführt?
- 2) Welches Ergebnis brachte diese Amtshandlung?
- 3) Sind Räumlichkeiten der Grünen und der Caritas in denen Flüchtlinge beraten werden weisungsmäßig von Amtshandlungen ausgenommen?
- 4) Ist es richtig, daß es Interventionen der Stadträtin Brauner gegeben hat, in den genannten Lokalen keine Amtshandlungen durchzuführen?

Allenfalls, wie haben Sie auf die Intervention reagiert?

- 5) Wie ist Ihre Ansicht zu der Behauptung der Grün - Abgeordneten Petrovic und der Stadträtin Brauner über den "besonders hohen Schutz der Verfassung" für Lokale, in denen Flüchtlinge beraten werden?